

der springende punkt.

Monatliche Zeitung der SPD Nürnberg - Ausgabe 02 / 2019

EUROPA

„Hand bleibt ausgestreckt“

Andrea Nahles und
Katarina Barley zum Brexit

Seite 3

INTERVIEW

„Europa ist für mich eine Herzensangelegenheit“

Interview mit Matthias Dornhuber,
Kandidat der SPD Mittelfranken für die Europawahl 2019

Seite 4

Vorwort

Liebe Leserinnen
und Leser,



Deutschland streitet wieder einmal über eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen. Verkehrsminister Scheuer kämpft dabei für ein Recht auf Rasen und zettelt beinahe einen Kulturkampf an, als wäre ein Tempolimit von 130 Stundenkilometern staatlich verordnete Freiheitsberaubung. Nicht unerwähnt sollte dabei bleiben, dass es eine eingesetzte Regierungskommission war, die diese Maßnahme unter Klimaschutzaspekten ins Gespräch gebracht hatte. Dass eine einheitlichere Geschwindigkeit den Verkehr flüssiger und sicherer machen würde, ist heute eigentlich Teil der politischen Grundbildung.

Große Teile der Konservativen wie der Industrie meinen heute leider noch immer, dass technologische Innovation reicht, um unsere Umwelt retten. Das ist ein Trugschluss. Gerade wir im Westen müssen auch etwas an unseren Gewohnheiten ändern.

Im Ausland frotzelt man, Deutschland wäre das einzige Land, in dem man 10 Minuten rasen könne, um dann eine Stunde im Stau zu stehen. Vielleicht sollten wir diese Stunde mal zum Nachdenken verwenden.

Euer

Thorsten Brehm

Winterklausur der Landtagsfraktion: SPD widmet sich Zukunftsthemen

Sozial gerechte Gestaltung des Klimaschutzes,
Vergabemindestlohn und Bodenpolitik im Fokus



Fotos: BayernSPD Landtagsfraktion

AUS DER SPD-LANDTAGSFRAKTION

„Wir haben konzentriert und strukturiert an den Themen gearbeitet, die die Bürgerinnen und Bürger in Bayern bewegen“, zog Fraktionschef Horst Arnold eine positive Bilanz der Winterklausur. Die Fraktion habe einige wichtige Vorhaben konkretisiert und auf den Weg gebracht.

So haben die Abgeordneten zum Auftakt ihrer dreitägigen Klausur ein eigenes Klimaschutzgesetz für Bayern vorgelegt. Ziel sei eine Halbierung der Treibhausgase bis 2030. Die entscheidenden Handlungsbereiche seien in diesem Zusammenhang die Energie-

und Verkehrswende, unterstrich Umweltsprecher Florian von Brunn. Die SPD will diesen Prozess nutzen, um gleichzeitig für mehr soziale Gerechtigkeit zu sorgen. So ist beispielsweise eine Kaufprämie für energiesparende Großelektronik für einkommensschwache Haushalte und Mieter vorgesehen. Die SPD-Landtagsfraktion befürwortet außerdem den Einstieg in den kostenfreien Nahverkehr für einkommensschwache, ältere und junge Menschen.

Für mehr soziale Gerechtigkeit will die SPD zudem mit einem eigenen bayrischen Vergabe-Mindestlohn sorgen, der bei 11,72 Euro liegen soll. Zudem

haben die Abgeordneten über ein sogenanntes Tariftreue- und Vergabegesetz diskutiert. Demnach sollen nur Firmen, die diesen Mindestlohn zahlen und Tarifverträge einhalten, staatliche Aufträge oder öffentliche Gelder bekommen.

Zusammen mit dem Münchner Oberbürgermeister Dieter Reiter als Vertreter der Kommunen hat Natascha Kohnen angesichts der sich verschärfenden Wohnungsnot in Bayern eine vorausschauende Bodenpolitik gefordert. Sie schlägt dafür einen Landesfonds vor, der es Städten und Gemeinden erleichtert, Grundstücke für den Wohnungsbau bereitzustellen.

Mit Martin Schulz ins Europawahljahr

Mit dem früheren Präsidenten des Europaparlaments, Martin Schulz, hatte die Landtagsfraktion zum Auftakt des Europawahljahres einen der leidenschaftlichsten Streiter für ein geeintes und soziales Europa zu Gast.

„Kein europäisches Land wird sich alleine behaupten können im Wettbewerb mit Großmächten wie den USA oder China. Wir müssen unser auf Grundwerten basierendes europäisches Demokratiemodell verteidigen. Wir müssen zwar die EU zugleich auch

reformieren. Ich habe aber kein Verständnis dafür, dass die Konservativen in Großbritannien auf zynische und verantwortungslose Weise den Kontinent in Geiselnahme nehmen“, kommen

Herrn Orbán und stellt sich damit auf die Seite der Europafeinde.“ Als eine Frage der sozialen Gerechtigkeit bezeichnete Schulz das Thema der Unternehmenssteuern von internationalen



tierte Schulz die in derselben Woche stattfindenden Debatten im britischen Parlament zum Brexit-Vertrag

Schulz kritisierte auch den Trend zum (Rechts-) Populismus, und insbesondere den ungarischen Präsidenten Orbán, scharf: „Herr Orbán ist gegen alles, was die Europäische Gemeinschaft ausmacht. Die CSU hofiert

Großkonzernen: „Wir können es nicht länger hinnehmen, dass Konzerne wie Amazon, die auch in Bayern ihre Milliarden Gewinne erzielen, hier keine Steuern zahlen. Und wenn andere EU-Länder zunächst nicht bereit sein sollten, das mitzumachen, dann starten wir es eben auf nationaler Ebene, Deutschland zusammen mit Frankreich.“ ■

TEAM EUROPA Kick-Off

am 6. Februar 2019 um 19 Uhr im Karl-Bröger-Zentrum

Auch in diesem Europawahlkampf wird es wieder ein freiwilliges Unterstützerteam geben: Das TEAM EUROPA. Beim Kick-Off wollen wir über Zeitplan, Inhalte, Kampagne und Materialien mit euch sprechen und Ideen sammeln und Kanalisieren. Jeder, der beim Europawahlkampf helfen möchte, ist herzlich willkommen!

Anmelden für das Kick-Off und das TEAM EUROPA kann man sich schon jetzt auf der Kampagnenwebseite <https://www.ein-europa-das-begeistert.de>

„Unsere Hand bleibt ausgestreckt“

Katarina Barley und Andrea Nahles zum Brexit

AUS DEM PARTEIVORSTAND

Die SPD-Spitzenkandidatin für die Europawahl, Katarina Barley, sieht angesichts der verfahrenen Lage in London zunehmende Chancen für ein zweites Referendum über den Ausstieg Großbritanniens aus der EU. „Mein Eindruck ist, dass diese Möglichkeit wahrscheinlicher geworden ist, als sie das noch vor wenigen Wochen war“, erläuterte die Bundesjustizministerin.

Die deutliche Ablehnung des Brexit-Deals durch das britische Unterhaus führe zu einer „sehr schwierigen“ Situation, sagte Barley. „Wir müssen unter allen Umständen verhindern, dass es jetzt zu einem harten Brexit kommt.“ Das würde zu chaotischen Verhältnissen sowohl in Großbritannien als auch in der Europäischen Union führen. Barley weiter: „Klar ist aber auch: Nachverhandlungen wird es nicht geben.“

Expertinnen und Experten befürchten durch einen ungeordneten, chaotischen Austritt Großbritanniens aus der EU tiefgreifende Auswirkungen auf Europa insgesamt, aber auch auf die deutsche Wirtschaft und damit auch auf Arbeitsplätze in Deutschland. Eine weitere Folge des ungeordneten Brexit wäre eine harte Grenze in Irland, die den Friedensprozess in Nordirland gefährden würde.

„Großbritannien bleibt ein ganz wichtiger Partner“

Die Spitzenkandidatin der SPD für die Europawahl appellierte an alle, die dafür in der Verantwortung sind, jetzt schnell für Stabilität zu sorgen. Wichtig sei jetzt, dass die Verantwortlichen in London zügig Vorschläge machen, wie das weitere Verfahren aussehen könne. „Unsere Hand bleibt ausgestreckt“, betonte Barley. „Großbritannien bleibt ein ganz wichtiger Partner.“

Nahles: „Müssen Lehren aus Brexit ziehen“

Der Brexit hat nun eine neue Phase der Ungewissheit erreicht, aber es ist klar, dass jede Form des britischen Austritts der bisher größte Rückschlag für Europa wäre und gravierende Folgen für die Arbeitnehmerinnen und

kaum Steuern zahlen. Auch in den Niederlanden und in Deutschland macht sich in der arbeitenden Mitte Unbehagen breit.

Die Europawahl – die wichtigste Wahl in der Geschichte unserer Europäischen Union – muss daher eine



Arbeitnehmer auf beiden Seiten der Nordsee hätte.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten tragen eine Verantwortung, wenn so viele Unzufriedene in Europa keine andere Wahl sehen, als eine vermeintliche Notbremse zu ziehen. Der Brexit ist kein isolierter Vorfall. In ganz Europa wachsen die Fliehkräfte. Das Vertrauen in die Wirkungskraft der europäischen Idee ist gerade bei der arbeitenden Mitte geschmälert. Viele Menschen sind nach der Finanzkrise ärmer geworden und fühlen sich unsicherer.

Gleichzeitig sehen viele, dass internationale Konzerne sattere Gewinne machen denn je, aber gleichzeitig

Abstimmung über die Handlungsfähigkeit Europas sein, Schutz und Wohlstand für alle zu bieten. Arbeiten wir gemeinsam für ein Europa, das niemanden zurücklässt, oder fallen wir auseinander?

Deshalb müssen wir die Lehren aus dem Brexit ziehen. Auch gut ausgebildete Beschäftigte in Deutschland und den Niederlanden sind von der Entwertung ihrer Arbeit durch Lohndumping bedroht. Dem muss Einhalt geboten werden. Wir müssen das soziale Versprechen Europas erneuern. In unserem Europa darf es nur einen Wettbewerb um die besten Ideen und nicht um die schlechtesten Löhne geben. ■

“Europa ist für mich eine Herzensangelegenheit”

Interview mit Matthias Dornhuber, Kandidat der SPD Mittelfranken für die Europawahl 2019

Wie kam es zu deinem Entschluss, dich für Europa zu engagieren und für die Europawahl zu kandidieren?

Europa ist für mich eine Herzensangelegenheit. Die Europäische Integration hat dem größten Teil unseres über Jahrhunderte von Kriegen geprägten Kontinents nun über 70 Jahre Frieden beschert. Meine Generation hat nur noch schwache, aber meist nicht angenehme Kindheitserinnerungen an die früheren Grenzanlagen zwischen den Mitgliedsstaaten. Wir genießen das



bequeme Reisen ohne Passkontrollen, ohne Geldwechsel, ohne zusätzliche Telefongebühren durch fast ganz Europa. Die Europäische Union repräsentiert unsere europäischen Werte, unser Bekenntnis zu einer nachhaltigen Marktwirtschaft mit sozialem Ausgleich in der Welt auf eine Weise, wie es die Einzelstaaten nicht könnten. Das alles scheint vielen von uns heute selbstverständlich, aber das ist es nicht. Für Populisten und Nationa-

listen ist die Europäische Union ein zentrales Feindbild, steht sie doch für Gleichberechtigung und für Partnerschaft auf Augenhöhe. Die würden sie lieber heute als morgen abwickeln.

Für mich ist die Europäische Einigung eine Errungenschaft, die es unbedingt zu erhalten gilt. Denn sie zeigt, wie die politischen Konflikte, die es immer gibt, friedlich und demokratisch gelöst werden können. Sie ist ein Vorbild für andere Weltregionen. Und gerade jetzt ist sie der Schlüssel dazu, die Herausforderungen der Digitalisierung und der Globalisierung so zu gestalten, dass sie nicht nur höhere Unternehmensgewinne, sondern tatsächlich mehr Chancen, mehr Lebensqualität und mehr Wohlstand für die Menschen bringen.

Die Europäische Union bewahren und positiv verändern – dazu will ich meinen Teil beitragen.

Wo siehst du die Schwerpunkte der Sozialdemokratie auf europäischer Ebene und welche Themen liegen dir am Herzen?

Im Mittelpunkt sozialdemokratischer Politik müssen grundsätzlich die Menschen stehen. Natürlich, Europa muss wettbewerbsfähig und wirtschaftlich stark sein. Zu einem guten Leben gehört ein guter Arbeitsplatz. Aber die Menschen sind nicht nur für die Märkte da, und die Politik nicht nur für die Wirtschaft. Das muss auch für die europäische Ebene gelten. Es ist längst überfällig, dass die Europäische Union eine soziale Säule bekommt. Für das Leben der Menschen sind aber auch unsere natürlichen Lebensgrundlagen wichtig. Die Sozialdemokratie muss, gerade auf europäischer Ebene, immer Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpolitik zusammendenken.

Besonders wichtig ist mir aber auch eine faire, sozialdemokratische Han-

delspolitik, flankiert von kraftvoller Entwicklungszusammenarbeit und engagierter gemeinsamer Friedenspolitik. So können wir nicht nur bei uns mehr Wohlstand schaffen, sondern auf der ganzen Welt; können Entwicklungschancen schaffen und Fluchtursachen bekämpfen und gleichzeitig Dumpingkonkurrenz durch Ausbeutung verhindern, was unser Sozialmodell schützt.

Europa erlebt einen neuen Trend nationaler Alleingänge: Wir stehen vor einem erstarkenden Rechtspopulismus und verlieren mit dem Brexit erstmals ein Mitgliedsland. Laut Umfragen werden nach den Wahlen im Mai deutlich mehr Euroskeptiker im EU-Parlament sitzen. Wo siehst du Europas Herausforderungen und wie können wir sie angehen?

Ich glaube, ein Grund für das Erstarren des Rechtspopulismus liegt in den Veränderungen, die die Digitalisierung und die Globalisierung mit sich bringen, insbesondere auch der globale Kapitalismus in seiner neoliberalen Ausprägung. Alle Lebensbereiche werden immer mehr entgrenzt. Unter dem großen Veränderungsdruck verschwinden Strukturen, an die wir uns über Jahrzehnte gewöhnt hatten, auch was unsere Arbeitsverhältnisse angeht. Im globalen Wettbewerb hat sich unser Sozialstaat stark gewandelt und viele Menschen fühlen sich nicht mehr sozial abgesichert. Der Blick zu unseren Nachbarn zeigt, wie sehr auch große Staaten von Marktentwicklungen und Konzernentscheidungen betroffen sein können und was eine Wirtschaftskrise für die Menschen bedeuten kann. Das weckt Sehnsucht nach einfachen Lösungen, nach einem überschaubaren Bezugsrahmen, nach Gruppenzugehörigkeit und Abgrenzung nach außen.

Wir müssen jetzt beweisen, dass eine sozialdemokratische Europäische Union die rasanten Entwicklungen von

Digitalisierung und Globalisierung ordnen kann. Dass wir beiden Regeln geben können, die dafür sorgen, dass von ihren Vorteilen möglichst viele Menschen durch mehr Chancen, mehr Lebensqualität und mehr Wohlstand profitieren können, und dass den „Verlierern“ dieser Veränderungen, die es immer geben wird, geholfen wird, sich so gut wie möglich anzupassen und sie gut abgesichert sind. Wir müssen zeigen, dass wir gemeinsam weder globalen Märkten noch Konzernen ausgeliefert sind, sondern dass demokratisch legitimierte Politik ihnen einen Rahmen geben kann. Ich bin sicher, wenn uns das gelingt, werden Nationalismus, Populismus und Europafeindlichkeit wieder zu klaren Außenseiterpositionen werden.

Welche Chancen siehst du in einer starken EU? Was kann ein geeintes Europa besser als der Nationalstaat?

Viele Herausforderungen unserer Zeit sind gar nicht mehr im nationalen Rahmen lösbar. Wie gesagt gilt das natürlich besonders für die Umwelt- und Klimapolitik – wir haben eben schlicht nur einen Planeten, den wir alle teilen. Hier ist die EU als Teil der Internationalen Gemeinschaft ja auch schon auf vielfältige Weise aktiv. Daneben hat aber auch die wirtschaftliche Globalisierung Strukturen geschaffen, die sich der Regelung durch die Nationalstaaten entziehen. Multinationale Konzerne und globale (Finanz-) Märkte können nur noch von internationalen und globalen Akteuren wirksam reguliert werden, nur, wenn die Nationalstaaten sich zusammentun und gemeinsame Regeln festlegen. Das betrifft zum Beispiel sowohl den Schutz von Arbeitsbedingungen und Arbeitnehmerrechten als auch die Durchsetzung einer gerechten Besteuerung.

Wir müssen zum Beispiel mit den Gewerkschaften abstimmen, was die europäische Politik tun kann, um sie zu unterstützen, damit beispielsweise internationale Unternehmen auch über

Grenzen hinweg wirksam bestreikt werden können. Wir müssen Mitbestimmung, Mindestlöhne, Sozial- und Grundsicherungssysteme ins Zentrum der europäischen Politik rücken und das Niveau in allen Mitgliedsstaaten kontinuierlich verbessern.

Die Europäische Kommission schätzt, dass den öffentlichen Haushalten in der EU jährlich bis zu 1 Billion Euro Einnahmen durch Steuerbetrug und aggressive Steuervermeidung verloren gehen, davon allein durch Umsatzsteuerbetrug jedes Jahr mehr als 150 Milliarden. Mit einer Digitalsteuer und der Finanztransaktionssteuer könnten wir mehr Gerechtigkeit schaffen, indem wir Arbeitseinkommen entlasten und das Kapital stärker an der Finanzierung unseres Gemeinwesens beteiligen. Schon ein Bruchteil dieses Geldes würde, investiert in Bildung, Weiterbildung, Forschung, Innovation und soziale Absicherung, Maßstäbe setzen.

Kritiker der Europäischen Union werfen ihr häufig ein Demokratiedefizit vor. Muss die EU sich strukturell ändern?

Ja, die Europäische Union muss sich auf jeden Fall strukturell weiter verändern. Die europäische Politik muss näher an die Bürgerinnen und Bürger heranrücken. Dafür muss in erster Linie das Europäische Parlament gestärkt werden, vor allem mit einem eigenen Gesetzesinitiativrecht. Denn die Abgeordneten sind es, die für die Menschen vor Ort ansprechbar sind. Sie geben den abstrakten Institutionen ein Gesicht. Dabei werden wir auch das aktuelle Wahlsystem mit starren Listen hinterfragen müssen – ich glaube, die Identifikation der Wählerinnen und Wähler mit ihren Abgeordneten könnte mit anderen Systemen deutlich höher sein. Das Parlament muss jedenfalls die Herzammer der Europäischen Union werden.

Die Europäische Union muss auch noch flexibler werden und es Gruppen von Mitgliedsstaaten noch stärker ermöglichen, bei der Zusammenarbeit

voranzugehen. Frankreich und Polen sind beide wichtige Partner für die Bundesrepublik und wichtig für die weitere Entwicklung der EU. Aber auf absehbare Zeit werden unsere polnischen Nachbarn nicht zu denselben Integrationsritten bereit sein wie unsere französischen. Wenn die Gemeinschaft immer auf den letzten warten muss, der bereit ist, einen Schritt zu gehen, würde das viele Jahre Stillstand bedeuten. Wenn eine Gruppe von Mitgliedsstaaten eine gute gemeinsame Lösung für eine politische Herausforderung findet, werden die anderen schnell folgen wollen. So war es ja auch mit der Europäischen Union an sich. Deshalb brauchen wir ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten.

Strukturelle Veränderungen der Europäischen Union erfordern viel politische Abstimmung, um alle Mitgliedsstaaten mitzunehmen. Wir müssen den Schwung, den Emmanuel Macron in die Debatte gebracht hat, endlich aufnehmen. Als SPD sind wir aber auch gefordert, uns wieder stärker als in den letzten Jahren mit unseren europäischen Schwesterparteien auszutauschen und abzustimmen.

Was sind deine Wünsche für die Zukunft Europas?

Ich wünsche Europa Mut. Ich wünsche den Wählerinnen und Wählern den Mut, angesichts der Herausforderungen, vor denen wir hier und überall auf der Welt stehen, im Mai 2019 die politischen Kräfte zu unterstützen, die mit frischen Ideen, mit Gestaltungswillen und Engagement die herausziehenden Veränderungen zum Wohl aller gestalten wollen. Und ich wünsche der SPD den Mut, sich dazu klar zu bekennen; den Mut, offensiv eine klare, progressive und soziale Alternative zu konservativer und neoliberaler Politik zu formulieren. Dann wird Europa auch in Zukunft ein Raum des Friedens, der Freiheit, der Sicherheit, der Gleichberechtigung und der Gerechtigkeit sein, als Vorbild für den Rest der Welt. Das wünsche ich Europa. ■

„Keiner Frage aus dem Weg gehen und die Menschen ernst nehmen!“

Angelika Weikert bleibt auch nach ihrem Ausscheiden aus dem Landtag gesellschaftspolitisch engagiert

Liebe Angelika, wie geht es dir mit einigem Abstand zur Wahl und deinem Ausscheiden aus dem Landtag? Wie sind deine Pläne für die Zukunft?

Ich hatte meinen Ausstieg schon lange geplant und den Zeitpunkt selbst gewählt. Deshalb ist die persönliche Einstellung auf den neuen Lebensabschnitt von mir schon vorbereitet worden. Allerdings beschäftigt mich das richtig schlechte Ergebnis der SPD bei den Wahlen im Oktober noch sehr intensiv. Vor allem, weil praktisch keine neuen Abgeordneten der SPD in den Landtag einziehen konnten, obwohl gerade von den neuen Kandidatinnen und Kandidaten ein total engagierter und ideenreicher Wahlkampf stattgefunden hat.



Meine Pläne für die Zukunft sind, wie bei vielen anderen auch, die in eine Lebensphase eintreten, in der man mehr Zeit für sich und seinen Partner hat: mehr Sport, mehr Kultur, noch mehr Reisen. Aber auch weiterhin Teilhabe am gesellschaftspolitischen Geschehen. Meine Ehrenämter bei der AWO und im Verein Wohngemeinschaft für Flüchtlingskinder werden mich immer auch an die Realität erinnern.

Du warst 15 Jahre im Parlament, davor lange Jahre im Nürnberger Stadtrat. Was hat sich in dieser Zeit am „Abgeordneten-dasein“ beziehungsweise an der Arbeit einer Abgeordneten verändert?

Der Parlamentsbetrieb ist schneller geworden. Die Themen werden oft von außen gesetzt, das macht es schwerer, seine eigenen Themen nachhaltig zu verfolgen. Schnelle Reaktionen in Bezug auf die Medien - ob Print oder So-

cial Media - werden erwartet und eine Vielzahl von Einzelanfragen per E-Mail müssen kompetent und vor allem schnell beantwortet werden. Was aber gleichgeblieben ist: man muss präsent sein, keiner Frage aus dem Weg gehen, offene Diskussionen suchen und füh-

ren und vor allem die Menschen mit ihren Alltagsorgen ernst nehmen.

Was war für dich ganz persönlich dein größter Erfolg?

Ganz bescheiden, wie ich bin, darf ich zwei nennen. Eine Initiative zur Einführung des Berufsintegrationsjahres für junge Flüchtlinge in Nürnberg. Aus der Initiative wurde eine immer noch andauernde und heute bayernweite Erfolgsgeschichte. Und, nach einem langjährigen Kampf, gibt es mittlerweile ein Gesetz, das es den Kommunen ermöglicht, das Aufstellen von Grabsteinen aus ausbeuterischer Kinderarbeit auf ihren Friedhöfen zu verbieten.

Und welche Niederlage war besonders bitter?

In der Opposition muss man lernen mit Niederlagen umzugehen. Was war

besonders bitter? Für mich schon das katastrophale Ergebnis der Landtagswahl im Oktober.

Stell dir vor, du würdest das Versprechen bekommen, dass genau ein Gesetzesvorhaben von dir eine Mehrheit bekommen wird. Welches würdest du auswählen?

Ein bayerisches Tariftreuegesetz, angereichert durch ein Vergabemindestlohn bei öffentlichen Vergaben, der deutlich über dem gesetzlichen Mindestlohn liegt.

In diesen Tagen (Januar 2019) feiern wir 100 Jahre Frauenwahlrecht. Doch auch 100 Jahre später sind Frauen noch nicht in gleichem Maß wie Männer in den Parlamenten vertreten. Welche Fortschritte beziehungsweise Veränderungen gab es während deiner aktiven Zeit hinsichtlich der aktiven Einbindung von Frauen? Was muss geschehen, damit die Gleichberechtigung erreicht wird?

Vor 30 Jahren wurde in der SPD die Frauenquote eingeführt. Das war ein großer Fortschritt. Ich wünsche mir allerdings mehr Mut bei der Listenaufstellung. Frauen dürfen nicht nur quotiert auf der Liste erscheinen, sie müssen nach vorne. Noch wichtiger ist allerdings die Berücksichtigung von Frauen, wenn Führungsfunktionen innerhalb einer Fraktion vergeben werden. Auch als „Neuling“ kann Frau sich beweisen! Was Frauen hierbei brauchen, ist das „Loslassen“ von Männern und die richtige Unterstützung und Förderung.

Welchen Rat gibst du jungen Frauen, die sich politisch engagieren wollen?

Lasst euch nicht unterkriegen, stellt Ansprüche, habt keine Angst vor neuen Aufgaben. Seid selbstbewusst, macht euch sachkundig und bleibt nachhaltig an Themen dran. ■

„Immer am Ball bleiben und niemals entmutigen lassen“

Helga Schmitt-Bussinger blickt zurück auf 20 Jahre Parlamentsgeschichte

Liebe Helga: wie geht es dir mit einigen Wochen Abstand zur Wahl und deinem Ausscheiden aus dem Landtag? Wie sind deine Pläne für die Zukunft?

Mir geht es sehr gut – ich vermisse nichts; ich genieße vielmehr die neu gewonnene Freiheit. Mehr brauche ich derzeit nicht, deshalb gibt’s auch keine Zukunftspläne.

Du warst 20 Jahre im Parlament, davor und parallel im Schwabacher Stadtrat. Was hat sich in dieser Zeit am „Abgeordnetendasein“ bzw. an der Arbeit einer Abgeordneten / im Parlamentsbetrieb verändert?

Alles ist viel schneller, hektischer und oberflächlicher geworden. Es zählt die spannende Nachricht und eher selten, das, was dahintersteckt. Das öffnet dem Populismus Tür und Tor.

Was war für dich ganz persönlich dein größter Erfolg?

Als Oppositionspolitikerin hat man ja eher selten Erfolge in der parlamentarischen Arbeit vorzuweisen. Und die Mehrheitsfraktion versteht es dann immer sehr gut, gute Ideen als ihre eigenen quasi „zu übernehmen“. Dennoch, so glaube ich, war ich bei der Abschaltung der Sondermüllverbrennungsanlage mitten im Wohngebiet in Schwabach nicht ganz unbeteiligt.

Und welche Niederlage war besonders bitter?

Natürlich war es für mich sehr enttäuschend, 2008 nicht als Oberbürgermeisterin in Schwabach gewählt werden zu sein. Hier habe ich schmerzlich erfahren, wie bitter Niederlagen sein

können – aber sie gehören zum Politikersein dazu.

Stell dir vor, Du würdest das Versprechen bekommen, dass genau ein Gesetzesvorhaben von Dir eine Mehrheit bekommen wird. Welches würdest du auswählen?

Ich würde mich ganz klar für einen anderen, natürlich besseren kommunalen

Finanzausgleich einsetzen, der den Kommunen mehr Geld und mehr Entscheidungsfreiheit darüber, was mit dem Geld passiert, gibt.

Welchen Rat gibst du jungen Frauen, die sich politisch engagieren wollen?

Die Chancen, sich politisch zu engagieren, sind sehr gut. Wichtig ist, sich ein Themenfeld zu suchen, das einen wirklich interessiert und Gleichgesinnte zur Seite zu haben, mit denen man etwas umsetzen und durchsetzen möchte. Dabei sollte man „am Ball“ bleiben und sich nicht entmutigen lassen.



len Finanzausgleich einsetzen, der den Kommunen mehr Geld und mehr Entscheidungsfreiheit darüber, was mit dem Geld passiert, gibt.

In diesen Tagen (Januar 2019) feiern wir 100 Jahre Frauenwahlrecht. Doch auch 100 Jahre später sind Frauen noch nicht in gleichem Maß wie Männer in den Parlamenten vertreten. Welche Fortschritte bzw. Veränderungen gab es während deiner aktiven Zeit hinsichtlich der aktiven Einbindung von Frauen? Was muss geschehen, damit die Gleichberechtigung erreicht wird?

Seitdem ich politisch tätig bin, gab es bezüglich Gleichberechtigung ein permanentes Auf und Ab. Derzeit kann

Nürnberg
SPD

Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg
Verantwortlich: Michael Arnold
Redaktion: Thorsten Brehm, Tim Koss,
Andreas Mittelmeier, Nicole Scharrer
dsp@spd-nuernberg.de
Redaktionsanschrift:
der springende punkt, Karl-Bröger-Str. 9,
90459 Nürnberg, Tel.: 0911 - 438960

Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.
Auflage: 5.500 Exemplare

Franken ist Silicon Valley für Bahninnovationen

Neues Telematiksystem für Dieselloks

VON MARTIN BURKERT, MdB

Zwischen den Bahnhöfen Nürnberg und Hersbruck ist im Rahmen eines Pilotversuchs seit Ende vergangenen Jahres eine neue Technik im Einsatz, die den Dieselverbrauch auf der Schiene im Regionalverkehr sen-

Display wird den Triebfahrzeugführerinnen und -führern eine Empfehlung für die verbrauchsärmste Fahrweise angezeigt. So gibt es zum Beispiel auf kurvigen und bergigen Strecken viele Möglichkeiten, Sprit zu sparen – etwa, indem man den Zug rollen lässt.

in Nürnberg und Würzburg im Einsatz. Nach zwei Jahren im Testbetrieb zeigt sich, dass der Kraftstoffverbrauch um rund ein Drittel im Vergleich zu herkömmlichen Rangierloks gesenkt werden kann und auch weniger Schadstoffe ausgestoßen werden. Darüber hinaus sind die Hybridloks viel leiser, denn rund 78 Prozent ihrer Einsatzzeit laufen sie im geräuscharmen Batteriebetrieb. Nicht nur der Umwelt, sondern auch den Anwohnern kommt das also zu Gute.



Martin Burkert, unser „Bahner“ in Berlin

ken soll. Schon ab Mitte dieses Jahres sollen dann 850 Fahrzeuge deutschlandweit mit dem neuen Telematik-Assistenzsystem ausgestattet werden, davon 48 Züge allein in Franken. Mit der neuen Technik können künftig etwa zwölf Millionen Liter Diesel und 30.000 Tonnen des klimaschädigenden Kohlendioxids pro Jahr deutschlandweit eingespart werden.

Und so funktioniert das innovative System: Über einen an die Motorsteuerung der Züge angeschlossenen GPS-Empfänger werden Daten zu Strecke, Geschwindigkeit und Dieselverbrauch gesammelt. Auf einem

Die rund 30 Kilometer lange Bahnstrecke zwischen Nürnberg und Hersbruck ist für den Telematik-Probebetrieb sehr gut geeignet, denn hier sind mit bis zu 160 kmh die schnellsten Dieselfahrzeuge der DB Regio-Flotte im Einsatz – und je größer die Geschwindigkeit desto höher der Diesel-Verbrauch.

Mit dem Telematik-Assistenzsystem entwickelt sich Franken immer mehr zum Silicon Valley für Bahninnovationen. Schon in der Vergangenheit wurden hier in der Region Bahninnovationen getestet: So sind zum Beispiel seit 2016 Rangier-Hybridloks

Vor mittlerweile sieben Jahren wurden am Nürnberger Rangierbahnhof alle Gleisbremsen mit dem so genannten „Friction Modifier“ umgebaut. Bei der Erprobung des innovativen Reibmittels zeigte sich, dass das Quietschen der Güterwagons deutlich abgenommen hat. Für die Anwohner

der Rangierbahnhofsiedlung war die Lärminderung eine enorme Verbesserung. Mittlerweile sind deutschlandweit mehrere Rangierbahnhöfe nach Nürnberger Vorbild mit dem „Friction Modifier“ ausgestattet.

Auch bei der U-Bahn ist Nürnberg im Übrigen eine Vorreiterstadt: Bei uns fahren ja bereits seit 2008 autonome, also führerlose, U-Bahn-Züge. Ich würde mich freuen, wenn es mit den Bahninnovationen in Franken auch in Zukunft so erfolgreich weitergeht.

■

Gleiches Recht für Alle!?

Der Freistaat muss sich auch in Nordbayern an der Finanzierung des ÖPNV beteiligen!

VON STEFAN SCHUSTER, Mdl

Die Bayerische Staatsregierung hat angekündigt, in bayerischen Ballungszentren bis 2030 die Einführung eines 365-Euro-Jahrestickets für den öffentlichen Nah-



verkehr einführen und unterstützen zu wollen. Die aktuelle Diskussion um Umweltzonen und Dieserverbote in Städten zeigt, wie notwendig es ist, in den Städten mehr Menschen zum Umsteigen auf den öffentlichen Nahverkehr zu bewegen. Dazu brauchen wir eine ausreichende Anzahl von Bussen und Bahnen in gutem Zustand, einen attraktiven Takt und vor allem günstige Preise für die Nutzer. Die finanzielle Situation der kommunalen Verkehrsträger mit sinkenden (Investitionskosten-) Zuschüssen von Bund und Land in den letzten Jahren zeigt trotz verschiedener Bemühungen der Kommunen, dass die Kommunen einen guten Nahverkehr zu attraktiven Preisen nicht allein stemmen können.

Unter diesem Aspekt hat uns die Nachricht, dass der Freistaat Bayern die Tarifreform des Münchener Verkehrsverbundes in den nächsten Jahren mit jährlich 35 Millionen Euro bezuschussen wird, doch sehr überrascht und verwundert. Das Geld soll in München helfen, Mindereinnahmen aus den geplanten Tarifmaßnahmen auszugleichen – damit werden nicht wenige

MVV-Kunden bereits zum Jahresbeginn 2020 wesentlich günstiger als bisher unterwegs sein.

Bereits 2015/2016 wurde im Verkehrsverbund Großraum Nürnberg (VGN) eine Tarifreform zugunsten der Vielfahrer auf den Weg gebracht. Es ist damals für Nürnberg und den VGN nicht gelungen, den Freistaat zu einer Betriebskosten(mit)finanzierung zu bewegen. Und die weiter steigenden Kosten zwingen den VGN und damit auch die Kommunen weiterhin zu jährlichen Fahrpreiserhöhungen. Dies steht aber im massiven Widerspruch zu allen Appellen aus Umweltverbänden und Politik, die Menschen zum „Umsteigen“ zu bewegen.

Die Beteiligung des Landes an den stetig wachsenden Betriebskosten ist überfällig und dringend notwendig. Die Ungleichbehandlung gegenüber dem „reichen“ München ist nicht hinnehmbar. Auch macht es für uns in Nordbayern keinen Sinn bis 2030 zur wie auch immer finanzierten und gestalteten Einführung eines 365-Euro-Tickets abzuwarten. Zum einen ist es bis dahin noch eine lange Zeit. Zum anderen handelt es sich bisher nur um eine „Ankündigung“ der Staatsregierung ohne konkrete Finanzierungszusagen gegenüber den Kommunen beziehungsweise Verkehrsverbänden.

Deshalb setzen wir uns im Landtag dafür ein, dass der Freistaat sich bereits 2020 in vergleichbarer Höhe wie in München auch beim VGN finanziell engagiert. Damit wären endlich die jährlichen Diskussionen um Fahrpreiserhöhungen vom Tisch und die Preise könnten bis zur Einführung eines 365-Euro-Tickets eingefroren werden. ■

Termine

04.02.2019, 19:00 Uhr
SPD Lichtenhof:
Jahreshauptversammlung
 Gemeindezentrum Evang.-Luth. Kirchengemeinde Lichtenhof (Plenarsaal)

04.02.2019, 19:30 Uhr
Rote Runde Hasenbuck mit JHV
 Gasthof Süd,
 Ingolstädter Straße 51

05.02.2019 - 19:30 Uhr
SPD Langwasser:
Jahreshauptversammlung mit Wahlen

05.02.2019 - 19:30 Uhr
SPD Reichelsdorf-Mühlhof:
Jahreshauptversammlung
 Sportgaststätte
 SV Reichelsdorf

05.02.2019 - 20:00 Uhr
SPD Großgründlach:
Jahreshauptversammlung
 ASC-Sportheim Boxdorf

05.02.2019, 18:30 Uhr
SPD Muggenhof-Doos:
Jahreshauptversammlung
 Muggenhofer Straße 47

06.02.2019, 19:30 Uhr
SPD Laufamholz:
Jahreshauptversammlung
 Restaurant Hammerschmiede, Laufamholzstraße 300

06.02.2019, 19:30 Uhr
SPD Ziegelstein:
Jahreshauptversammlung
 mit Neuwahlen, Gaststätte
 TUSPO, Herrnhüttestr. 75

Termine

12.02.2019 - 17:00 Uhr
 Mieterbüro der SPD
 Nürnberg: Sprechstunde
 bis 19 Uhr,
 Karl-Bröger-Zentrum

12.02.2019 - 19:30 Uhr
 SPD Nordostbahnhof:
 Ortsvereinstreffen
 SIGENA, Plauener Str.7

12.02.2019 - 19:30 Uhr
 SPD Fischbach:
 Mitgliederversammlung
 Gaststätte TSV Altenfurt,
 Wohlaier Straße 16

12.02.2019, 19:30 Uhr
 SPD Gostenhof: Sitzung
 Kleiner Saal, Nachbar-
 schaftshaus Gostenhof,
 Adam-Klein-Straße 6

13.02.2019, 19:00 Uhr
 AG Migration und Vielfalt:
 Sitzung
 Käte-Strobel-Saal, Karl-Brö-
 ger-Zentrum, Karl-Bröger-
 Straße 9. 90459 Nürnberg

13.02.2019 - 19:00 Uhr
 AK Umwelt: Sitzung
 Wilhelm-Riepekohl-Saal,
 Karl-Bröger-Zentrum

13.02.2019 - 19:30 Uhr
 SPD Hummelstein:
 Jahreshauptversammlung
 Wirtshaus Galvani,
 Galvanistr. 10

16.02.2019 - 14:00 Uhr
 SPD Laufamholz:
 Jahresempfang
 Gemeindesaal der
 ev.-luth. Kirche Heilig-Geist,
 Am Doktorsfeld 13

Jusos in die Verantwortung

Oberbürgermeister Maly zu Gast bei den Jusos



VON ANIL ALTUN UND THERESA PETRAUSCH

Zu unserer wöchentlichen Juso-Montagssit-
 zung am 14. Januar 2019 konnten wir einen
 besonderen Gast begrüßen, unseren Nürn-
 berger Oberbürgermeister Uli Maly. Trotz
 seines vollen Terminkalenders hat sich Uli
 viel Zeit für uns genommen, um sich mit
 uns über die Kommunalwahl 2020 zu un-
 terhalten. Entsprechend gut besucht war
 die Sitzung. Die Jusos hatten sich bereits
 kritische Fragen zurechtgelegt und Uli hat-
 te wohl nicht mit weniger gerechnet.

Momentan sind wir Jusos Nürnberg dabei,
 uns in die kommunalen Themenbereiche
 einzuarbeiten und ein Wahlkampfpro-
 gram für 2020 zu entwerfen. Wir haben
 die Standpunkte der Jusos zur Nürnberger
 Stadtpolitik vorgebracht. Dabei kam auch
 die neue Universität ins Gespräch, bei de-
 ren Planung und Bau aus Sicht der Jusos
 das Thema bezahlbares und studentisches
 Wohnen von Anfang an mitgedacht wer-
 den muss. Uli sicherte uns zu diesem Thema
 eine gesonderte gemeinsame Veranstal-
 tung zu, auf die wir gespannt sind.

Wir wollen uns inhaltlich einbringen und
 mitgestalten. Nürnberg gestalten, das tut
 unser Oberbürgermeister bekanntlich nicht
 erst seit kurzem. Er konnte uns einen guten
 Einblick in seine Arbeit und seine Themen-
 setzung für die Kommunalpolitik geben.
 Zuerst berichtete er von den täglichen He-
 rausforderungen, aber auch von den schö-
 nen Momenten in der Kommunalpolitik.
 Dennoch: „Kommunalpolitik ist wie Bügel-

wäsch“ – hast du einen Korb fertig, kommt
 schon ein neuer, erklärte uns Uli. Da im
 Stadtrat und in der Verwaltung die Fragen
 und Sorgen der Bürger*innen als erstes auf-
 laufen, bekräftigt Uli, ist Zynismus fehl am
 Platz. Die Kommunalpolitik sei nach seiner
 Auffassung der beste Ort, das „politische
 Handwerk“ zu erlernen.

Die Fragen der Jusos reichten von der Zu-
 kunft des Bündnisses gegen Rechts „Nürn-
 berg hält zusammen“ bis zur Situation des
 Klinikums Nürnberg und des GroKo-Di-
 lemmas sowie der Bewerbung Nürnbergs
 zur Kulturhauptstadt 2025. Zwar stand der
 Austausch nicht unter dem Hashtag SP-
 Derneuern, die Diskussion umfasste aber
 auch das Thema Neupositionierungen, wie
 etwa in der Umweltpolitik. Diese muss,
 vom Gerechtigkeitsstopos gedacht, als sozi-
 aldemokratisches Politikfeld weiterentwi-
 ckelt werden. Zudem bestärkte Uli uns als
 Jungsozialist*innen darin, Verantwortung
 zu übernehmen und die SPD mitzugestalten.
 Er sagte offen, dass dies aber auch hei-
 ße, dass jungen Politiker*innen die Chance
 gegeben werden müsse, auf die Plätze älter-
 er Genoss*innen nachzurücken.

Letztendlich blieb uns der Satz „Alles was
 du siehst und dir gefällt waren wir. Alles
 was du siehst und dir nicht gefällt, waren
 aber auch wir“, besonders im Kopf. Hieran
 lässt sich die politische Überzeugung von
 Maly gut erkennen: Ehrlichkeit und das
 Streben nach Gerechtigkeit ist die Aufgabe
 der SPD, grad in unserer Stadt. Dem können
 wir nur zustimmen! ■

KULTURBrot – „Soziokultur – ein alter Schlappen?“



Foto: Roland Münzel

AUS DER STADTRATSFRAKTION

Das Nürnberger Kulturleben ist ohne Soziokultur nicht denkbar. Maßgeblich geprägt wurde sie vom SPD-Kulturreferenten Hermann Glaser, der im letzten Jahr verstorben ist. Heute zeugen nicht zuletzt die Kulturläden, das KunstKulturQuartier, der Z-Bau oder die Luise davon.

Beim vierten „KULTURBrot“ der SPD-Stadtratsfraktion im Januar ging es genau darum. Zusammen mit Kulturschaffenden aus Nürnberg diskutierten Kulturpolitiker*innen in der Villa Leon zum Thema „Soziokultur – ein alter Schlappen?“.

Handelt es sich dabei aber um ein Relikt der Vergangenheit? Bildet die Szene die komplette Gesellschaft ab? Was bedeutet moderne Soziokultur und wo sind die Entwicklungsstränge für Nürnberg?

Um diese Fragen zu beantworten, war diesmal Corinne Eichner eingeladen. Sie ist Geschäftsführerin der Stadtkultur Hamburg e.V., dem Dachverband für lokale Kultur und kulturelle Bildung. Er entstand vor 40 Jahren aus dem Zusammenschluss der Stadtteil- und Soziokulturzentren und repräsentiert heute 120 Mitglieder aus dem Non-Profit-Kultur-Bereich.

Zusammen mit Uli Glaser, SPD-Stadträtin Diana Liberova und dem Publikum sprach sie über die Perspektiven der Soziokultur. Fest steht, dass sie mehr als nur ein „alter Schlappen“ ist – und vor allem bei der Bewerbung Nürnbergs als Kulturhauptstadt eine zentrale Rolle spielen wird. Wichtig ist, auch in Zukunft möglichst viele niederschwellige Angebote in den Stadtteilen zu ermöglichen und alle Bevölkerungsschichten am kulturellen Leben teilhaben zu lassen. ■

Termine

20.02.2019, 19:30 Uhr
AK Frieden und Abrüstung:
Arbeitssitzung
Käte-Strobel-Sitzungszimmer,
Karl-Bröger-Zentrum,
Karl-Bröger-Straße 9

21.02.2019, 18:30 Uhr
SPD Südwest:
politischer Stammtisch
Sportgaststätte SG Nürnberg-
Fürth, Regelsbacher Str. 56

21.02.2019 - 19:00 Uhr
AfA: Offene Sitzung
KBZ, Raum „Käte Strobel“

23.02.2019, 10:00 Uhr
SPD Hummelstein:
mobiles Bürgerbüro
Lidl-Parkplatz
(Im Posthof 107)

26.02.2019 - 17:00 Uhr
Mieterbüro der SPD
Nürnberg: Sprechstunde
bis 19 Uhr,
Karl-Bröger-Zentrum

27.02.2019, 19:00 Uhr
SPD Gartenstadt:
Aktivensitzung
Gaststätte Gesellschafts-
haus Gartenstadt,
Buchenschlag 1

04.03.2019 - 19:30 Uhr
Rote Runde Hasenbuck
Gasthof Süd,
Ingolstädter Straße 51

12.03.2019 - 19:30 Uhr
SPD Fischbach:
Mitgliederversammlung
Gaststätte TSV Altenfurt,
Wohlauer Straße 16

Das älteste Castingteam Deutschlands sucht Ehrenamtliche!

Jean-François Drozak ist Regisseur und inszeniert Theaterstücke an bayerischen Schulen. Jedes Jahr realisiert er 30 Theaterproduktionen mit Jugendlichen. Ausgewählt werden die Laiendarsteller von einem Castingteam, das im Vorfeld die jeweiligen Projektschulen besucht. Das Besondere daran:

Die Mitglieder des Castingteams sind über 70 Jahre alt.

So auch Amrie und Hanns-Karl Zwinscher, ein engagiertes, pensioniertes Lehrerehepaar. Mit Eintritt ins Rentenalter suchten sie neue Herausforderungen. Drozak bot ihnen vor sechs Jahren das Ehrenamt an, das Casting an Schulen für seine Projekte zu übernehmen. Seither touren die beiden durch Bayern. Bei der Auswahl der jungen Darsteller ist besonderes pädagogisches Geschick gefragt. Da beide langjährige pädagogische Berufserfahrung mitbringen, haben sie ein Gespür für die hochsensible Aufgabe.

Die Castings an den Schulen finden in respektvoller und anerkennender

Atmosphäre statt. Damit die Schüler schnell Vertrauen fassen, sind ältere Menschen dafür genau die Richtigen. Das lässt sich aus den Zahlen der Interessierten herauslesen. Wenn Jean-



François Drozak ein Casting in Eigenregie durchführt, melden sich nach vorheriger Präsentation in den Klassen in der Regel bis zu 30 – 35 Schüler an. Kommen die Zwinschers, zeigen sich doppelt so viele interessiert. Sie gehören der Großelterneneration an und bekommen von daher einen Vertrauensvorschuss.

Bisher haben Amrie und Hanns-Karl Zwinscher mehr als 300 Castings durchgeführt und weit mehr als 10.000 Jugendliche konstruktiv bewertet. Sie betrachten ihr Engagement als eine schöne Abwechslung zum Alltag. „Wir freuen uns, mit den vielen aufgeweckten und mutigen Schülern und Schülerinnen zusammenzutreffen. Für mich ist es wunderbar, die Schüler ohne Vorurteile und Vorbehalte und ohne Leistungsdruck zu erleben. Es macht mir Spaß, sie aus ihrer Reserve zu locken und sie zu ermutigen, einmal was ganz Neues auszuprobieren, wenn es schließlich um die endgültige Entscheidung geht, sich in dieses Abenteuer Theater hineinzubegeben“, erzählt Amrie Zwinscher.

Nun sucht Drozak weitere Ehrenamtliche. Wer sich zur Großelterneneration heutiger Schüler zählt, pädagogische Erfahrung mitbringt und Teil des ältesten Castingteams Deutschlands werden will, kann sich bei ihm melden: drozak@kunstduengernuernberg.de ■

der springende punkt.

Monatliche Zeitung der SPD Nürnberg. Nächstes Erscheinen: Anfang März 2019!